

„Soziale Marktwirtschaft“ - Zur Vorgeschichte und Entwicklung eines zentralen Schlagwortes in der deutsch-deutschen Diskussion

Prof. Dr. Helga Grebing, geb. 1930 in Berlin, leitet das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum.

„Soziale Marktwirtschaft“ als Eintrittsbillett in die Wohlstandsgesellschaft

„Soziale Marktwirtschaft“ - so meint die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der DDR, müsse auf dem Eintrittsbillett in die Wohlstandsgesellschaft stehen. Für die bürgerlichen Parteien in der DDR ist „Soziale Marktwirtschaft“ das selbstverständliche Zentrum jedes programmatischen Selbstverständnisses, wenngleich es darüber hinaus auch einige in diesen Parteien geben mag, die der „Freien Marktwirtschaft“ ohne Wenn und Aber nach dem Rezept des bundesrepublikanischen Wirtschaftsministers gerne das Wort reden würden. Aber auch die SPD der DDR bekennt sich in ihrem Programm zu einer wenn auch ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft; dies überrascht deshalb, weil sich diese Partei aus vielen guten Gründen unter anderem auch in die Tradition des europäischen demokratischen Sozialismus eingeordnet sehen will. Aber auch die SED/PDS hat in ihrem Wahlprogramm ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft abgelegt; dies ist nun allerdings nicht verwunderlich bei einer Partei, die den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ zu besetzen versucht, ohne ihn ernsthaft programmatisch fundiert und politisch-praktisch unter Beweis gestellt zu haben.

Offensichtlich ist es in einer labilen Stimmungsdemokratie mit stabilisierendem populistischen Beisatz, wie sie nun auch in der DDR Einzug hält, unumgänglich, zur Gewinnung von Massenlegitimation mit Schlüsselbegriffen und Schlagwörtern zu operieren. Dabei gehen die ursprüngliche inhaltliche Substanz von Begriffen, deren theoriegeschichtliche Herkunft und deren Beitrag zur politischen Motivierung durch programmatische Diskussion verloren oder werden kaschiert. Übrig bleiben schlagwortartig getrimmte Begriffshülsen. So geschieht es gegenwärtig auch mit der „Sozialen Marktwirtschaft“.

„Soziale Marktwirtschaft“ als bürgerliche Antwort auf die Herausforderung des Sozialismus

Den Traditionen und Denkhorizonten der Arbeiterbewegung in Europa entstammt sie nicht - im Gegenteil. Ihre Protagonisten¹ begriffen sie als bürger-

¹ Der geneigte Leser wird es verstehen, daß ich für die Begriffsgeschichte der „Sozialen Marktwirtschaft“ zurückgreife auf meine Untersuchung: Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1971.

liche Antwort auf die säkulare Herausforderung durch einen Sozialismus, der die vom Bürgertum verworfenen emanzipatorischen Postulate und nie eingelösten Versprechungen auf eine gleiche Freiheit als seine Anliegen aufgenommen hatte. „Soziale Marktwirtschaft“ war nach 1945 die postliberale Antwort auf das Scheitern von Theorie und Praxis des ökonomisch verengten Liberalismus. Die „Soziale Marktwirtschaft“ sollte nach Auffassung von Alfred Müller-Armack, der das Konzept in Interpretation der Ambitionen der wirtschaftspolitischen Praxis Ludwig Erhards entwickelte, keine bequeme pragmatische Formel sein, sondern Antwort auf die Zeitlage geben, in der es notwendig war, die moderne Massengesellschaft in den Bahnen einer freien Ordnung zu konsolidieren. Auf diese Weise sollte der sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durchsetzende Prozeß der Säkularisierung und Technisierung angehalten und umgepolt werden.

In einem solchen Verständnis der Zeitsituation steckte kein bißchen anti-kapitalistische Kritik, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte. Müller-Armack wollte ausdrücklich an die vorhandenen kapitalistischen Strukturen anknüpfen und sie durch Sozialpolitik, die im wesentlichen mit Wachstumspolitik gleichgesetzt wurde, korrigieren. Ja, es erschien geradezu als notwendig, gewisse Anforderungen an sozialem Ausgleich und sozialer Sicherheit zu erfüllen, um die Marktwirtschaft dauerhaft zu stabilisieren. Die Ambition reichte aber noch weiter: Die „Soziale Marktwirtschaft“ sollte der Kern einer neuen - natürlichen und organischen - Ordnung der Gesellschaft bilden, die den individualistischen Rationalismus des liberalen Denkens ebenso überwand wie den sozialistischen Planrationalismus. Auf diese Weise sollten konservative Wertvorstellungen und die von der modernen Technik dynamisch beschleunigte Entwicklung der kapitalistischen Produktionsformen miteinander harmonisiert werden.

Die theoriegeschichtlichen Ursprünge der „Sozialen Marktwirtschaft“

Theoriegeschichtlich finden solche Vorstellungen ihre Verankerung in den religiösen Ursprüngen der angelsächsischen Demokratie-Tradition und im christlich-religiösen Erbe des 19. Jahrhunderts, aus dem die katholische Soziallehre hervorging. Unzweifelhaft waren jedoch, wie der Fall Müller-Armacks lehrt, alt-korporatistische, ständestaatliche Ideen mit im Spiel. Schon in den zwanziger Jahren schien Müller-Armack das Versagen des parlamentarischen Systems und der Zusammenbruch des Parteiensystems besiegelt und damit der Weg des Liberalismus nicht mehr gangbar. Unter Rekurs auf Mussolini begriff er dann 1933 das „neue Reich“ als einen Staat, der durch seine Sozialpolitik die Einheit aller Klassen und Schichten verwirklicht und dessen korporative Organisation „die einheitliche Willensbildung und Hinordnung des gesamten Volkes auf den Staat“ erreichen sollte.

Die Akzentuierung des „totalen Staates“, der, nachdem er die das Gleichgewicht des Marktes störenden Faktoren (wie „Entartung“ des Unternehmertyps im Trust- und Finanzkapital und die Gewerkschaften) eliminiert hatte,

die unternehmerische Tätigkeit zu einem Element der neuen Wirtschaftsordnung machte, wurde in der nachfaschistischen Gestaltung der kapitalistischen Ökonomie natürlich fallengelassen. Jetzt geht es um die Gestaltung einer geistigen und gesellschaftlichen Ordnung, die in eine sinnvolle Beziehung zur marktwirtschaftlichen Ordnung gesetzt werden kann und die den Staat wieder in seine für die Wirtschaft instrumentale Funktion einsetzt.

Sozialstaatskritik als Vehikel zur Befestigung der Eigentumsordnung

Hier liegt die Nahtstelle zwischen dem weltanschaulichen Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ und der konservativen Sozialstaats-Kritik, die den tieferen Hintergrund des Bemühens um die Formierung der Gesellschaft nach dem Prinzip der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausleuchtet. Die konservative Sozialstaats-Kritik konnte sich in den fünfziger und sechziger Jahren auf herausragende Interpreten wie zum Beispiel Ernst Forsthoff und Werner Weber berufen, die dem modernen Sozialstaat vorwarfen, in ihm würde die Individualität zur Kollektivität verdorren, denn der Sozialstaat garantiere die kollektive Bedürfnisbefriedigung und schalte alle Risiken der individuellen Lebensführung aus. In der durch den Sozialstaat bewirkten Umverteilung der Einkommen sahen die Sozialstaats-Kritiker eine eigentumszerstörende Funktion und die Verneinung des Eigentumsrechtes, so daß sie den Sozialstaat als kollektive Entartung definieren zu können glaubten.

Doch galt die Sorge nicht nur der Veränderung der Eigentumsordnung durch den Sozialstaat, sondern auch dem Staat selbst. Seine Herrschaft werde, so die Argumentation, durch die ihm aufgezwungenen Verteilungsfunktionen „entkernt“, so daß eine „hausväterliche Totalität ohne Hausvater“ Platz greife; der moderne Verteilungsstaat gleiche einem kastrierten Kater, der an Umfang zunehme - „was ihm fehlt, ist die Potenz“. Diese Offensive gegen die sozialstaatliche Qualität der modernen Demokratie diene der Sicherung der individuellen Eigentumsrechte. Deren Risiken zu tragen, war und ist immer noch ein Privileg von Minoritäten wechselnden Charakters, und deshalb erweist sich als Kern der konservativen Sozialstaats-Kritik das Bemühen, einen Hebel zu finden, durch den wachsende Gleichheit zurückgenommen werden kann, wobei als kalkulierter Preis die zwangsläufige Minderung von Freiheit in Kauf genommen wird.

Die Bedingungen für die Erfolge der „Sozialen Marktwirtschaft“

Die großen, bis in die siebziger Jahre hineinragenden Debatten über die konservativen und progressiven Standortbestimmungen gehören längst zur Geschichte der Bundesrepublik. Zurückgeblieben ist allenfalls ein schemenhafter Abglanz der einstigen Auseinandersetzungen, wenn die hehren Begriffe von einst als wohlfeile Schlagwörter von heute auftauchen, wie es nun mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ geschieht. Daß dies funktioniert, hat seine Gründe: Niemand wird heute bestreiten wollen, daß unter dem Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft“ die Freiheitsspielräume der Mehrheit der Bevöl-

kerung erheblich ausgeweitet wurden, und der Wohlstand zwar nicht gleichmäßig, aber für die meisten akzeptabel gestiegen ist. Doch wäre es falsch, dieses Ergebnis einfach der „Sozialen Marktwirtschaft“ zuzuschreiben, die in vielen Bereichen, wie immer wieder zu Recht festgestellt wird, noch gar nicht sozial oder sozial genug ist. Dem Erfolgsweg der „Sozialen Marktwirtschaft“ voraus ging der historische Kompromiß der ersten Jahre nach 1945, als die klassische sozialdemokratische Arbeiterbewegung sich mit den christlich-sozialen Strömungen darüber verständigte, der Mitbestimmung (zunächst) den Vorrang gegenüber der direkten Veränderung der Eigentumsordnung einzuräumen. Die „Soziale Marktwirtschaft“ konnte erst durch diese Entscheidung, die die organisatorische Kraft und den expansiven Arbeitswillen von Millionen von Arbeitnehmern mobilisieren konnte, ein Erfolg werden. Dies mag als ein Hinweis für künftige Entwicklungen in der heutigen DDR gelten.

Eigentum und allgemeines Interesse

Die Mitwirkung der Millionen Arbeitnehmer am Erfolg der „Sozialen Marktwirtschaft“ ändert nichts an der Tatsache, daß diese nicht das Ziel der europäischen demokratischen Arbeiterbewegung war und auch heute nicht ist. Kürzlich ist - meines Erachtens theoriegeschichtlich nicht haltbar - versucht worden, dem Sozialismus den moralischen Imperativ des Allgemeinen, das Gattungsinteresse am Großen und Ganzen zuzuordnen, demgegenüber das je gelebte Individuelle stets unter den Verdacht eines „schmutzigen Interesses“ gerate.² Cora Stephan sieht in dieser Orientierung „die antilibérale Spitze dieses Entwurfs sozialer Demokratie“. Nun ist es zwar zutreffend, daß die Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das „schmutzige Interesse“ der Bourgeoisie zuschrieb, sich selbst beziehungsweise den Arbeiterstand (so Lassalle) als „gleichbedeutend mit dem gesamten Menschengeschlecht“ beziehungsweise dessen Interesse als identisch mit dem Interesse aller ansah. Indem man das Gattungsinteresse für sich reklamierte, hat man aber gerade nicht, jedenfalls nicht in der Programmatik und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, von der Vertretung der konkreten Interessen der Unterprivilegierten abgesehen. Und keineswegs ist es in diesem Zusammenhang zutreffend, von einer Geringschätzung der Möglichkeiten der liberalen parlamentarischen Demokratie durch die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen.

Die parlamentarische Demokratie liberalen Ursprungs war seit Bebel das bevorzugte Kampfmittel und nicht erst seit Bernstein zugleich Kampfziel. Daß sich emanzipatorische Bewegungen, die als Minderheiten ihren Kampf beginnen, aus legitimatorischen Gründen auf ein auch ihnen übergeordnetes Ganzes beziehen, weiß man aus mehr als einem Fall in der europäischen Geschichte. Daß solche Berufungen tendenziell und effektiv totalitären Charakter annehmen können und welche historischen Gründe es hierfür gibt,

² Vgl. Cora Stephan, Schmutziges Interesse, Spekulationen über das Menschenfreundliche am Eigennutz, in: Merkur, März 1990.

wissen wir nicht nur aus der Geschichte des Kommunismus. Aber wir wissen auch, daß diese Totalisierung des allgemeinen Interesses für Theorie und Praxis der europäischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die aus der Weigerung, liberale Prinzipien elitär zu beschränken, hervorgegangen ist, nicht gilt.

Vielleicht ist die von Cora Stephan gewählte Zuspitzung nur ein interpretatorischer Trick, um die Legitimität des Eigennutzes begründen zu können. Denn das Modell, daß die konsequente Wahrnehmung des sogenannten vernünftigen Eigeninteresses auch der Optimierung des allgemeinen Interesses diene, ist der allerälteste Hut altliberaler Ideologie. Diesen alten Hut haben die neo-liberalen Ordo-Denker nach 1945 wohlweislich nicht wieder aufgenommen, da sie wohl wußten, wohin diese Ideologie-Variante geführt hatte: Auf dem Boden des Liberalismus selbst vollzog sich, nachdem sich die Ideen von der freischwebenden Konkurrenz des je einzelnen Eigentümers für die Rationalität wirtschaftlichen Handelns als ungeeignet erwiesen hatten, die Wendung zum totalitär-autoritären Staat. Bereits beim Bienen-Fabel-Autor Bernard (de) Mandeville, der mit seinen am Beginn des 18. Jahrhunderts geschriebenen Texten bis heute in Anspruch genommen wird für die Spekulationen über die gesellschaftliche Bedeutung privaten Eigennutzes, sind die Konsequenzen vorwegnehmend angegeben: Seine letzte Perspektive war eine bürgerliche Gesellschaft, die die Sprengkraft eines massenhaften Anwachsens des verelendenden Proletariats dadurch entschärft, daß sie einen bürgerlichen Ständestaat bildet.³

Warum eigentlich nicht von „demokratischem Sozialismus“ reden?

Wer sich heute auf die „Soziale Marktwirtschaft“ als Ziel der demokratischen Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR beruft, muß nicht nur wissen, daß er damit nicht in der Tradition der Arbeiterbewegung steht. Er läuft zugleich Gefahr, deren im Rahmen demokratisch-verfaßter Gesellschaften durchgesetzte Errungenschaften um eines Schlagwortes willen, das Konjunktur hat, zu verschenken. Auf „Soziale Marktwirtschaft“ lassen sich jedenfalls die Zielvorstellungen der aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Parteien und Gewerkschaften nicht beschränken; vielmehr sind deren Ziele heute gerichtet auf sozial gerechte, ökologisch fundierte, von den Produzenten mitbestimmte und kontrollierte Produktionsverhältnisse. Eigentlich nennt man diese Form gesellschaftlicher Organisation demokratischen Sozialismus.

Nun gibt es einsehbare Gründe, warum in der DDR diese Kennzeichnung von Zielen wenig Zuspruch findet und gerne vermieden wird (außer von denen, die ihn mit ihrem Wendemanöver zu besetzen versuchen). Aber der oft gewählte Ersatz „soziale Demokratie“ greift zu kurz, bedeutet zu wenig. Seine beiden Bedeutungsstränge - „soziale Demokratie“ als Konzept der sozial-

³ Vgl. hierzu Bernard Mandeville, Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile. Einleitung von Walter Euchner, Frankfurt a. M. 1968.

demokratischen Minorität der deutschen bürgerlichen Revolution von 1848; „soziale Demokratie“ als Komplettierung der politischen Demokratie in der theoretischen Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung - bezeichnen je nur Teile der gesellschaftlichen Ordnung. Aber letztlich ist es hoffentlich entscheidend, nicht welche Begriffe und Schlagwörter als Feldgeschrei benutzt werden, sondern welche Inhalte es sind, die ein menschenwürdiges Leben unter freiheitlichen Bedingungen schaffen können.⁴ Darüber sollte es im gesellschaftlichen Neuordnungsprozeß in der DDR und bei seinen Rückwirkungen auf die Gesellschaft der Bundesrepublik mehr Streit geben. Dabei würde sich dann zeigen, daß diejenigen, die aus den Traditionen der europäischen demokratischen Arbeiterbewegung heraus argumentieren, recht gute Karten haben.

⁴ Siehe hierzu Gunter Pehl, Gewerkschaftliche Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit für alle - Solidarität - soziale Demokratie, in Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/1990